

„Ohne Moos nichts los“

Ein Blick auf den Beginn der Koalitionsverhandlungen in Berlin

Der Pulverdampf des Bundestagswahlkampfes ist verraucht, und der Wähler hat gesprochen. Die CDU/CSU ist klarer Sieger. Aber bisher konnte die seitherige Regierungspartei nicht so recht etwas mit ihrem Wahlergebnis anfangen. Die FDP flog aus dem Parlament, sodass Schwarz-Gelb nicht mehr möglich ist. Der FDP fiel vor allem ihr Steuersenkungswahlkampf des Jahres 2009 auf die Füße. Damals wurde vollmundig angekündigt, aber hinterher nichts geliefert. Das gefällt dem Wähler nicht, und er hat die rote Karte gezeigt. Schwarz-Grün wäre möglich gewesen. Beide Parteien gingen aufeinander zu. Aber am Ende hat dann doch der Mut gefehlt. Auch die Grünen mussten aus steuerpolitischen Gründen Federn lassen. Anders als bei der FDP, geriet man hier in den Sog einer medialen Steuererhöhungsdebatte. Den Grünen bekam das nicht gut, und es gab dafür die gelbe Karte. Schon die zweite Partei, die sich an der Steuerpolitik die Finger verbrannte.

Also bleibt noch Schwarz-Rot. Auch bei dieser Konstellation sind die Partner weit weg von einer Liebesheirat. Beide Parteien bemühen lieber ihre „staatspolitische Verantwortung“. Der Wähler hört es gerne. Nach den Umfragen wünscht er sich mehrheitlich eine Große Koalition. Die SPD, die in ihrem Wahlkampf steuerpolitische Forderungen erhob – Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Einführung einer

Vermögenssteuer, Überprüfung des Ehegatten-Splittings für neue Ehen, Erhöhung des Kindergeldes – war rasch klug genug, aus dem Debakel der Grünen zu lernen. Sie drehte den Spieß in Richtung CDU um: Steuererhöhungen seien kein Selbstzweck, hieß es. Möge doch der mögliche Koalitionspartner CDU/CSU Finanzierungsvorschläge machen, wie man die zu erwartenden Mehrausgaben einer Koalitionsvereinbarung finanzieren könne. Kein schlechter Schachzug. Man darf gespannt sein, wie die CDU/CSU, die jegliche Steuererhöhungen vor und nach der Wahl rundweg abgelehnt hat, sich aus dieser Ecke wieder befreien kann.

„Die derzeitige Steuerdebatte hat etwas seltsam Hasenfüßiges an sich“, kommentierte der Journalist Guido Bohsem in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG am 21. Oktober. Ich stimme ihm ausdrücklich zu, wenngleich ich die Parteien auch ein Stück weit verstehe. Der Wähler fordert zwar Ehrlichkeit von den Politikern ein. Aber wenn sie dann mal ehrlich sind und die Finanzierungsfrage deutlicher stellen als früher, bekommen sie schnell die Quittung. Und auch die Medien handeln oft gnadenlos. Den verantwortlichen Politikern kann man daher nur den Rat geben, viel häufiger die Frage des notwendigen Zusammenhangs zwischen einem Versprechen und

seiner Finanzierung aufzuwerfen. Alles hat seinen Preis, und so auch staatliche Leistungen. Dieser Preis heißt Steuern. Und dieser Preis muss eingefordert werden. Mit einer rechtsförmigen und gut ausgestatteten Finanzverwaltung. Ein jeder soll nur das bezahlen, was er zahlen muss. Aber das muss er dann auch tatsächlich bezahlen. Keiner darf sich in die Büsche schlagen oder sich hinter Schweizer Bergen verstecken. Sonst akzeptiert auch der ehrliche Steuerzahler seinen Preis, den der Staat zu Recht von ihm verlangt, nicht mehr. Bei einem Verlust von Akzeptanz des Steuersystems droht unser Gemeinwesen zu kippen. Für die Deutsche Steuer-Gewerkschaft ist völlig klar: Eine leistungskräftige, konsequente, aber auch serviceorientierte Steuerverwaltung ist das Rückgrat unseres Staates! Auch die Koalitionäre sollten sich diesen Zusammenhang täglich bei ihren Verhandlungen bewusst machen.

Eine schwarz-rote Koalition muss – gerade vor dem Hintergrund einer Schuldenbremse – ihre Wahlversprechen seriös finanzieren. Allein auf künftig weiter sprudelnde Steuereinnahmen zu setzen, ist zu wenig. Die Staatsfinanzierung

bliebe dem Zufall, dem konjunktu-

rellen Wetter, ja Entscheidungen an den Börsen in New York, Tokio und London überlassen. Und wenn es dann doch nicht reichen sollte, greift man halt wieder dem öffentlichen Dienst in die Taschen. Ich kann die Politik vor einer solchen Kurzsichtigkeit nur warnen. Die Stimmung in der Finanzverwaltung, ja im ganzen öffentlichen Dienst ist schlecht. Man fühlt sich hilflos und als Steinbruch für Haushaltsversagen von ausgabe-freudigen Politikern missbraucht. Die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung steht oft nur noch auf dem Papier. Die meisten Beschäftigten in unseren Reihen fühlen sich schlecht, weil sie einerseits hervorragend ausgebildet sind und mit ihrem Amtseid geschworen haben, Recht und Gesetze zu achten. Aber in der Praxis finden sie allzu oft das genaue Gegenteil. Vieles wird nur durchgewunken. Hauptleidtragender der ganzen Schiefelage ist der Innendienst. Er muss einmal im Jahr durchkommen und weiß nicht mehr wie. Und er gibt permanent gut eingearbeitete Kräfte an den Außendienst ab. Viele kommen sich vor wie der antike Sisyphus. Er musste einen Felsbrocken auf einen Berg hinauf wälzen, der immer wieder hinab rollte. Sisyphus wurde mit dieser Auf-



gabe von den Göttern bestraft. Aber wir, die Beschäftigten, haben eine solche Strafe nun wirklich nicht verdient.

Vor diesem Hintergrund fordere ich für die Deutsche Steuer-Gewerkschaft:

1. Steuerpolitik ist kein Spiel-feld für emotionale Schar-mützel zwischen Parteien. Zu verlangen ist eine ratio-nale Betrachtungsweise. Sie muss einen steten Zusam-menhang zwischen einem Versprechen und seiner Fi-nanzierung herstellen.
2. Notwendig ist – wie bei der Rente – ein parteiübergrei-fender Konsens. Eine 80-Pro-zent-Koalition aus CDU/CSU und SPD bietet hierfür eine gute Chance.
3. Keiner zahlt gerne Steuern. Daher ist eine leistungs-kraftige Finanzverwaltung unab-dingbar. Sie allein garantiert Gesetzmäßigkeit und Rechtmäßigkeit.
4. Eine Selbstveranlagung steht im Widerspruch zur Aussage des Bundesverfassungsge-richts, wonach im Steuerrecht das Verifikationsprinzip gilt. Sie ist daher nicht zulässig.
5. Absolut notwendig ist eine Steuervereinfachung. In ei-nem ersten Schritt sollten dazu Subventionen aus dem Steuerrecht entfernt, abgel-tende Pauschalen eingeführt und Günstiger-Prüfungen ab-geschafft werden.
6. Bei der Umsatzsteuer darf nur ein Steuersatz gelten.
7. Die Abgeltungssteuer ist eine klare Privilegierung einer be-

stimmten Einkunftsart. Sie ist daher abzuschaffen.

8. Da die Chancen für eine Wiedereinführung der Vermögensteuer gleich null sind, muss die Erb-schaftsteuer bei hohen Vermögen auf eine breitere Basis gesetzt werden. Im Gegenzug können die Erb-schaftsteuersätze ermäßigt werden.
9. Der internationale Daten-austausch muss zwingend eingeführt werden. Der Fis-kus darf nicht durch über-kommene Bankgeheimnisse hinteres Licht geführt wer-den.
10. Der Steuergestaltungsakro-batik international agieren-der Kräfte muss ein Ende bereitet werden. Durch „optimierende Gewinnver-lagerungen“ verliert der

deutsche Fiskus Milliarden im Jahr.

Alle Vorschläge sind zumindest mittelfristig machbar. Und sie haben nichts mit einer Erhö-hung des Spitzensteuersatzes oder der Einführung einer neu-en Steuer zu tun. Aber sie füh-ren zu mehr Steuergerechtig-keit und entlasten dabei die Finanzverwaltung. Allein mit einer großen Koalition des Geldausgebens ist den Bürge-rinnen und Bürgern nicht ge-dient. Wegen der Schulden-bremse stellt sich die Frage einer seriösen Finanzierung al-ler Ausgaben immer drängen-der. Die genannten zehn Punk-te geben erste richtige Antworten.

*Thomas Eigenthaler,
DSTG-Bundesvorsitzender*